

**Zeitschrift:** ZeitBild  
**Herausgeber:** Schweizerisches Ost-Institut  
**Band:** 31 (1990)  
**Heft:** 1

**Artikel:** Sowjetwirtschaft 1990  
**Autor:** Revesz, Laszlo  
**DOI:** <https://doi.org/10.5169/seals-1092933>

### **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

### **Conditions d'utilisation**

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

### **Terms of use**

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

**Download PDF:** 18.04.2026

**ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>**

# Sowjetwirtschaft 1990

In seiner Session vom letzten Herbst verabschiedete der Oberste Sowjet den Plan und das Budget für 1990. Über die Einzelheiten des Budgets ist wenig veröffentlicht worden, aber sowohl die Gesamtplanung als auch die Ressortpläne lösten im Parlament enorme Kontroversen aus. Nach langen Diskussionen einigte man sich auf die Hauptaufgaben für dieses Jahr: Stabilisierung der Wirtschaftslage, bessere Marktversorgung, Festigung der Staatsfinanzen.

Was bei dieser Zielsetzung deutlich wurde, das ist die Angst vor Überstürzung, und das ist für heutige Verhältnisse typisch. Begriffe wie Neues Denken, Perestrojka oder Glasnost sind weiterhin in Kurs, aber vom Begriff der Beschleunigung aus der Anfangsperiode Gorbatschows ist man abgekommen, wenn es um die Verwirklichung bestimmter Vorhaben geht; die nicht ausgesprochene Losung der Verlangsamung scheint eher zu gelten.

In den ersten neun Monaten des Vorjahres stieg das Nationaleinkommen um 3,6 % statt um die vorgesehenen 7 %. Nun hat man für das laufende Jahr die Planaufgaben verringert, um sich der Wirklichkeit anzupassen und ein Chaos zu vermeiden.

Der vorangegangenen «Stagnationsperiode» (Gorbatschow selbst hat inzwischen den

Begriff als euphemistisch charakterisiert) wird heute vorgeworfen, durch falsche Bewertungskriterien das Prinzip des Leistungslohns verletzt zu haben. Man berechnete für die Leistung der Betriebe die Brutto-Warenproduktion aufgrund der Warenpreise. Konzentrierte sich das Unternehmen auf teure statt auf konsumentengerechte Produkte, konnte es seinen Plan auf Kosten der Bevölkerungsnachfrage übererfüllen und heimste dafür noch Prämien ein.

Diese Art von Fehlproduktion ist bis heute noch nicht überwunden. Sie gehört zu den planwirtschaftlichen Problemen, die der «Staatsplan der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung für 1990» anzupacken gedenkt.

Das Jahr 1990 ist das Ende einer Fünfjahresperiode und wird zur Berechnungsgrundlage für den Fünfjahresplan 1991–1995. Diesen soll der auf 1990 vorgeschobene Parteikongress zuhänden des Parlaments verabschieden, welches allerdings Parteibeschlüsse nicht mehr wie früher fraglos absegnet.

## Inflation 90%

Bei der Ausarbeitung des Planentwurfs für das laufende Jahr hatten Finanzfachleute eine entscheidende Rolle spielen müssen,

denn die Schaffung des finanziellen Gleichgewichts ist eine vorrangige Sorge geworden. Was sich in der Sowjetunion beschleunigt, das ist die Inflation.

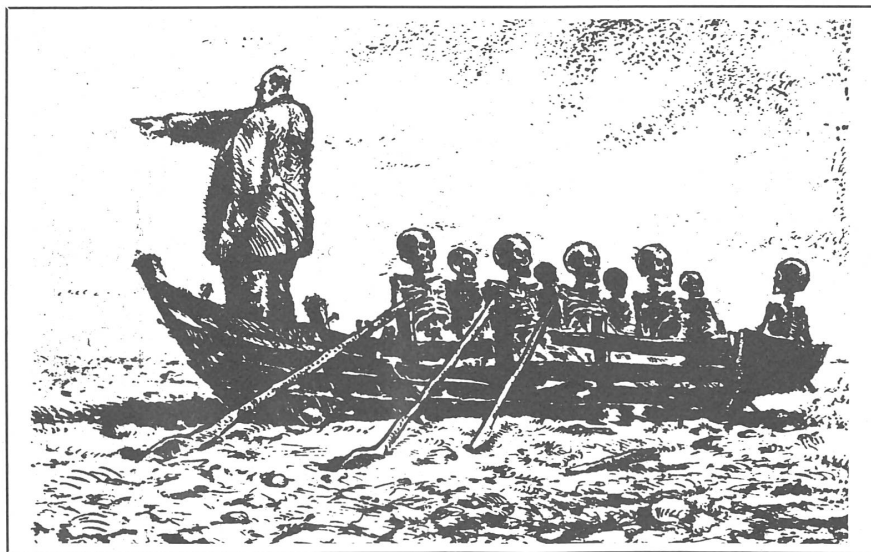
Die Schätzungen stimmen grosso modo darin überein, dass die heutige Inflation bei etwa 90 Prozent pro Jahr liegt. Laut Finanzministerium ist heute eine Geldsumme von 430 Milliarden Rubel in der täglichen Zirkulation, aber vonnöten wäre nur ein Zehntel davon. Während 1960 das Geld noch knapper war als das Warenangebot, gibt es heute auf einen Rubel im Umlauf nur Waren im Wert von knapp zehn Kopeken.

Das ist ein Missverhältnis, das die Inflation bald galoppieren lassen könnte. Um der Gefahr zu begegnen, bedarf es einer strengeren Geldpolitik: Weniger Rubel und mehr Konsumwaren. Eine bessere Marktversorgung soll das Gleichgewicht herstellen. Die Rentner und andere Kleinstverdiener haben allerdings nicht zuviel, sondern zuwenig Geld und fürchten sich vor Preiserhöhungen für den Grundbedarf.

Eine vor allem von den Gewerkschaften getragene Opposition wünscht die Inflationsbekämpfung anders, nämlich durch sofortige Einfrierung der Preise, aber dann erfolgt die «Regulierung» noch stärker

## In dieser Nummer

Aus der DDR .....	4
Streiflichter von Siegfried Röder	
Umwelt im Baltikum .....	6
Öko-Sezessionisten	
Reformen in der Sowjetunion .....	6
Unsere periodische Rubrik	
Der Buchtip .....	7
Spionagedienste	
Rumänien hält uns den Spiegel vor .....	8
Systemvergleich in der Sowjetpresse	
Hitlers Blitzkrieg .....	9
Schweizer Kommunisten 1939	
2 Rumänien-Programm .....	12
Zehn Punkte für die Zukunft	



Karikatur «Moscow News», Nr. 28/1989

durch den schwarzen Markt, der die Mangelwaren aufsaugt.

Die innere Staatsschuld der UdSSR beträgt zurzeit 312 Milliarden Rubel. Der diesbezügliche Posten war früher ein Staatsgeheimnis; gelüftet wurde es im letzten Herbst.

Erschwert wird die Lage durch ein Budgetdefizit von 120 Milliarden Rubel. Man sucht es dadurch zu vermindern, dass man die Investitionen für Grossprojekte reduziert, die bereits angelaufen sind.

## Gegenkräfte

Die Regierung sieht sich heute den gegensätzlichen Forderungen von marktfreundlichen und marktfeindlichen Kräften gegenübergestellt. Die Regierung gibt tendenziell den ersten recht, berücksichtigt aber einseitig auch die Einwände. Die staatliche Preiskontrolle sei zur Inflationsbekämpfung «heute noch» nötig, erklärte Ministerpräsident Ryschkow, doch müsse man dabei auf die Preise achten, die vom Markt geschaffen würden. Nach erregten Debatten nahm der Oberste Sowjet schliesslich den Regierungsvorschlag für Plan und Budget an, ohne die frühere Einstimmigkeit freilich.

Der neue Plan nimmt sich die Stabilisierung von Wirtschaft und Finanzen vor, unter anderm durch eine ausgeglichene Marktversorgung und überhaupt durch Marktwirtschaft. Auch sonst kommen die neuen Vorstellungen zum Zuge. Bisher hatten Produktionsmittel Vorrang vor Konsumgütern, aber ab 1990 soll sich die Herstellung von Konsumgütern 13mal schneller entwickeln als die Herstellung von Produktionsmitteln. Das ist eine Umkehrung der Prioritäten. Ihr Ziel ist eine Wende auf dem Konsumwarenmärkte. Zur Lebensstandarderhöhung der Bevölkerung will man dieses Jahr 13,4 Milliarden Rubel aufwenden.

Weiter reduziert worden sind schliesslich die Budgetausgaben für die Streitkräfte. 1989 hatte die Kürzung 15 % betragen, und jetzt beläuft sie sich auf weitere 8,3 %. Die diesbezüglichen Ausgaben machen nunmehr 70,9 Milliarden Rubel aus.

## Was gilt wo?

Die Frage der Akzeptanz dieser Plangesetzgebung für die Union stellt sich ganz formell und konkret in den fünf Sowjetrepubliken (Estland, Lettland, Litauen, Aserbaidschan und Georgien), welche offiziell die Unionsgesetzgebung erst dann für verbindlich betrachten, wenn sie von ihren eigenen Parlamenten gutgeheissen worden ist. Wie weit die sowjetische Wirtschaftsplanung überhaupt noch greift, ist also eine Frage, die man auch wörtlich verstehen kann, im territorialen Sinn. ■

## LIEBE LESER

Das Jahr 1989 ist zu einem Entscheidungsjahr für Osteuropa geworden. Wird das Jahr 1990 zu einem Entscheidungsjahr für die Sowjetunion?

In seiner Neujahrsbotschaft sprach Gorbatschow rückblickend vom «bisher schwierigsten Jahr der Perestrojka», was die Möglichkeit offenlässt, dass die Zeiten noch schwieriger werden könnten. Tatsächlich sieht es ganz danach aus. Der Reformkurs zur Überwindung der schleichenden Systemkrise mündet anscheinend in eine offene Krise von Wirtschaft und Gesellschaft, von politischer und territorialer Ordnung. Der Umbruch, den die Perestrojka in Osteuropa ausgelöst hat, drängt sich immer stärker auch dem Mutterland des Sozialismus auf. Und wird er mit welchen Mitteln auch immer verhindert, macht das die Krise nur anders, aber nicht kleiner.

Die Sowjetunion hat sicher ein bewegtes Jahr hinter sich, aber richtig dran war sie noch nicht. Die vervielfachten Auseinandersetzungen nehmen sich insgesamt als Auftakt zur fundamentalen Auseinandersetzung aus, die erst noch kommen muss, mit diesem oder jenem Resultat.

Gorbatschow selbst sieht die Hauptgefahr, wie viele seiner Mitbürger auch (und vornehmlich der Russen unter ihnen), in der Verschlechterung der Versorgung und in der sozialen Unzufriedenheit als Folge davon. Das ist sicherlich ein gewichtiges Einzelmotiv innerhalb vom ganzen Syndrom. Die materiellen Reformen zielen in Richtung auf Marktwirtschaft und reiben sich am vorhandenen Kommandosystem der Planwirtschaft. Das erleichtert die Sache sowenig wie die Zulassung von Gegenverkehr auf Einbahnspuren. Manches, was als Ergänzung und Bereicherung des bisherigen Systems gedacht ist, wirkt sich solange als störende Gegenläufigkeit aus, bis nicht alles seinen Platz in einer neuen Gesamtordnung gefunden hat, und wie diese auszusehen hätte, ist immer noch strittig. Einstweilen bringen Reformen nebst punktuellen Erleichterungen auch zusätzliche Schwierigkeiten.

Das alles spielt sich in einer Zeit ab, da viele alte Verhaltensnormen auch wirtschaftlich zur Disposition stehen. Zum Beispiel gab es zwar in der früheren realen Ordnung durchaus einen umfangreichen privatwirtschaftlichen Sektor, aber er war im undurchsichtigen Bereich der Illegalität oder der nur praktisch tolerierten Halblegalität angesiedelt. Nunmehr geht man daran, ihn zu entkriminalisieren, ihm mehr legale Möglichkeiten zu verschaffen, etwa durch privatwirtschaftliche Genossenschaften. Die jeweils liberalisierten Teilbereiche aber schaffen noch keine klaren Verhältnisse, sondern können

je nachdem die Grenzen noch mehr verwischen. Was früher Diebstahl war, ist jetzt redlicher Handel oder redliche Arbeit, und was es an echtem Diebstahl noch zu bekämpfen gebe, versteht die Polizei nicht mehr.

Dann gibt es jene, die mit den neuen Möglichkeiten etwas anzufangen wissen, vornehmlich Jüngere, und es gibt jene andern, die sich nur im planwirtschaftlichen Trott mit seinen Schmiermöglichkeiten auskennen. Das schafft neue Diskrepanzen zu den weiterhin verteidigten Privilegien der alten Nomenklatura. Und das wiederum wird Anlass zum Hass auf die neuen Emporkömmlinge. Um so viel leichter wird es den Bremsern im Apparat, ihre Barrikaden gegen Reformen zu bauen.

Die politische Neustrukturierung durch die Perestrojka gerät auf ihre eigene Art in die Krise. Sie geht zu weit, als dass die alte Diktatur noch funktionieren könnte, und sie geht nicht weit genug, um die Demokratie funktionieren zu lassen. Die Monsterdebatten des unterschiedlich bestellten Obersten Sowjets sind ein Beispiel. Weder vermag sich das Parlament gegenüber dem Apparat durchzusetzen, noch der Apparat gegenüber dem Parlament. Die demokratischen Kräfte fühlen sich ebenso frustriert wie ihre Gegenspieler, und die Lage wird kritischer. Analoges gilt vom Zustand anderer Institutionen und vom Zustand der politischen Kräfte überhaupt.

Das alles aber wird vom Entwicklungstempo noch überholt, das die sogenannte nationale Frage genommen hat. Hier hat die eigentliche Zerreihsprobe für das Imperium schon angefangen. Die Loslösung der baltischen Länder auf der Ebene von Staat und Partei ist ebenso symptomatisch wie die aufbrechenden Leidenschaften im Kaukasus, und in der Moldau ist eine irredentistische Bewegung zum rumänischen Mutterland nach Ceausescus Sturz erst recht zu erwarten. In den Grossterritorien der Ukraine und Weissrusslands fangen die religiösen und nationalen Fronten erst an, wieder aufzubrechen. Was für Kräfte noch freigelegt werden können, ist im Moment nicht abzusehen. Dass die Krise des Sowjetimperiums wenigstens die Substanz des alten russischen Imperiums verschonen wird, ist noch keineswegs sicher.

Letztes Jahr sind die osteuropäischen Länder der Zeitberechnung der Perestrojka davongelaufen, und auch die Richtung auf Sozialismuserneuerung wurde verlassen. Dieses Jahr sieht es nach Beschleunigung in der UdSSR aus – in alle möglichen Richtungen.

Christian Brügger